



☆ Bildungspolitik	Seite 2
☆ Studiengebühren	Seite 3
☆ Frauenpolitik	Seite 6
☆ J. Rohbeck: Marx	Seite 7

KPÖ und GLB starten Einleitung eines Volksbegehrens:

„fairSORGEN!“ gegen die Armutsfalle Regress

Einige wenige Reiche werden immer reicher und die Armen werden immer mehr und immer ärmer. Besonders gefährdet, in die Armut abzurutschen, sind unter anderem Pensionistinnen, alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern und Familien mit mehreren Kinder“, erklärte Rosmarie Thüminger (Frauensprecherin der KPÖ-Tirol) am 1. Mai 2007.



Bild: ipp - KPÖ und GLB demonstrierten am 1. Mai mit Einkaufswagen zum Motto „Ausverkauf stoppen, Armut bekämpfen!“ vor dem Landhaus

In Tirol sind 95.000 Menschen armutsgefährdet. Sie haben monatlich nicht einmal 900 Euro zum Leben. Ohne Sozialleistungen wären im heiligen Lande sogar doppelt so viele Menschen von Armut betroffen. Immerhin machen bei 35.000 Tirolern die Sozialleistungen die Haupteinnahmequelle im Haushalt aus.

(Fortsetzung auf Seite 4)

KSV-LiLi stellt sich vor

Der Kommunistische StudentInnenverband - Linke Liste (KSV-LiLi) kämpft in und außerhalb der ÖH mit einer systemüberwindenden Perspektive für radikalen und konsequenten Widerstand gegen reaktionäre Verhältnisse. Gemeinsam mit der studentischen Basis arbeiten wir als Teil einer breiteren Linken - in Weiterführung der fortschrittlichen Politik des Kommunistischen StudentInnenverbands der letzten Jahre.

KSV-LiLi will ein Bildungssystem ohne jegliche Barrieren, jenseits von Elitenreproduktion. Elitäre Elfenbeintürme müssen einstürzen!



KSV-LiLi ist antikapitalistisch und gegen verkürzte Kapitalismuskritik. Marxistische Theorie ist dabei eine Grundlage für kritische Analyse und radikale Lebensfreude und kommt auch ohne platte Attitüde und Sozialismusfolklore aus.

Also, her mit dem schönen Leben: Hierarchien, Autoritäten und Patriarchat zerschlagen,

feministische Praxis, radikale Demokratie und Selbstbestimmung erkämpfen. Für die freie Assoziation der Individuen!

Vota Comunista!

Mehr Informationen auf www.votacomunista.at.

www.glbtirol.info



glb@glbtirol.info

KPÖ ONLINE

tirol.kpoe.at
kpoe.tirol@gmx.at

KPÖ-Zentral

www.kpoe.at

Mein Gott, jetzt hat sie's!



Was ist in Österreich nötig, um nach vielen Jahrzehnten endlich die dringend notwendige Schulreform durchzuführen? Die vergangenen sieben magere Bildungsjahre zeigen's.

Sieben magere Jahre

Da müssen zuerst die Rechten zu einer 27 Prozent-Partei und zur Nummer zwei anwachsen. Dann muss der Dritte, die ÖVP, mit ihnen entgegen allen vorherigen Beteuerungen eine Regierungskoalition eingehen, die europaweit zu Sanktionen führt und den StudentInnen

Kein Geringerer als die neue Nummer 1 der ÖVP Wilhelm, der nunmehr Erste, gab ein voreiliges Plazet zum Gesamt-schul-Vorstoß der neuen SPÖ-Unterrichtsministerin Schmied: „Mein Gott, testen wir es!“ Kein Wunder! In jungen StudentenInnenvertreter-Innen-Tagen in Linz trat er selbst für die Einführung der Gesamtschule ein. Frage: warum wurde nicht schon früher getestet?

Monika Himsl

erstmal seit 1972 wieder Studiengebühren beschert. Dann müssen sich die selbsternannten blauen RetterInnen des kleinen Mannes an den Futtertrögen der Macht in einer noch nicht da gewesenen Weise delektieren und sich anschließend übereinander selbst hermachen und gnadenlos zerreiben.

Mit Billigung des nach vorgezogenen Wahlen zur Zehnprozentpartei dezimierten erst blauen, dann orange-geschrumpelten Koalitionspartners kann die ÖVP als neue Nummer Eins gnadenlos ihr Schwarzes Bildungsideal durchsetzen: „Mehr Privat - weniger Staat“

Will heißen: „Mehr privates Schulgeld und mehr private Nachhilfe, dafür weniger staatliche Schulstunden, LehrerInnen und Mittel“. Und am Ende der Periode erfolgt die gefährliche Drohung: Die inzwischen unbeliebteste ÖVP-Ministerin will mit „Liebe und Leidenschaft“ vier weitere Jahre zwischen Kanzler und Finanzminister unsere Bildung kaputtsparen.

Weltspitzenbildungstreiks

Die WählerInnenohrfeige in Form des Kanzlerverlustes war nach den Bildungstreiks des Jahres 2003 und der immer stärker werdenden auch interenen Kritik an Ministerin Gehrer selbst für ÖVP-Funktionäre keine Überraschung mehr. Der magere Vorsprung der SPÖ indessen lag nicht nur am asozialen Verhalten führender FunktionärInnen und Exmitglieder (Penthäuser, Karibikiaden), sondern auch am Misstrauen vieler AnhängerInnen.

Die neue rote Ministerin verkündet indessen zwei Monate nach ihrer Angelobung die Bildungswende. Sie kommt spät und teuer. All die versenkten Bawag-Millionen, der verschachtelte Streikfonds, all das unter FPÖVP-Orange versilberte Familiengold der Republik, all die Teurofighter und Schmiergeld-Millionen und all die verlorenen LehrerInnenposten und Unterrichtsstunden fehlen unserem Bildungssystem

und vor allem unseren Kindern, wie die immer schlechter werdenden PISA-Ergebnisse, die stagnierenden StudentInnenzahlen und die niedere AkademikerInnenquote beweisen. Innerhalb der 30 OECD-Länder liegt bei den AkademikerInnen nur noch die Türkei hinter uns, die aber seit 1995 einen StudentInnenzuwachs von 68 Prozent hatte!!! Österreich: Null Prozent Zuwachs seit 1995. (Quelle: Profil 39/2006 Uni-Extra-Beilage)

Bildungsschere schließen!

Die Schwalbe einer kleinen, inszenierten Gesamtschuldiskussion macht noch keinen Bildungswende-Sommer!

Daher müssen wir JETZT aufstehen und um gerechte Bildungschancen für ALLE kämpfen, denn es ist ja auch genug WISSEN für ALLE da! Also:

Wir fordern die Gesamtschule: **SOFORT!**

Kleinere Klassen in allen Schulstufen, mehr Begleit-lehrerInnen, zeitgemäße Unterrichtsmethoden, einheitliche akademische LehrerInnenausbildung und -bezahlung und die Abschaffung der Studiengebühren. Ja, das wär's für's erste!

Währenddessen können dann ja ruhig die Experten schon mal kreisen und die große Bildungsreform gebären.

Monika Himsl ist KSV-LiLi-Kandidatin bei der ÖH-Wahl an der UNI Innsbruck.

Chancengleichheit ...

... beginnt bei der LehrerInnen-ausbildung- und -Besoldung!

Solange es für die Mittelstufe **unterschiedlich qualifiziert und besoldete LehrerInnen** gibt, von denen sich die Bessergestellten noch dazu die „besten“ SchülerInnen aussuchen und die „weniger guten und braven“ relativ leicht wieder loswerden können, kann von Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit keine Rede sein.

Zudem ist diese **Aschenputtel-Selektion**: „Die „Guten“ ins AkademikerInnen-Gymnasium die „Schlechten“ in die PflichtschullehrerInnen-Hauptschule“ gegen den Gleichheitsgrundsatz und auch gegen die Kinderrechtskonvention.

Jedes Kind zwischen 10 und 14/16 muss Österreich endlich gleich viel WERT sein.

Erst dann herrscht wirklich Chancengleichheit!

Neue Fairness braucht das Land:**Studiengebühren abschaffen!*****Unter der Regierung Schlüssel ist der Stellenwert von Bildung drastisch gesunken.***

Diese Worte standen fett auf der Seite 92 im Profil vom 4. September 2006. Ein ganzseitiges Vierfarben-Inserat der SPÖ mit dem Bild des SPÖ Spitzenkandidaten Dr. Alfred Gusenbauer. Nicht das einzige solche Inserat des letzten Nationalratswahlkampfes.

„Das Wahlversprechen, keine Studiengebühren einzuführen, wurde skrupellos gebrochen.“ Hieß es nicht mehr so fett weiter. „Trotz dieser unsozialen und wissensfeindlichen Zugangsbeschränkungen herrschen an Österreichs Universitäten noch immer katastrophale Studienbedingungen.“

Was aus Gusenbauers eigenem Wahlversprechen wurde, sahen wir Studenten dann vier Monate später! Es wurde gebrochen! Und viele von uns hat das nicht im Mindesten gewundert, aber umso mehr verärgert...

Interessant war auch der Kommentar zur Beibehaltung der Studiersteuer und zur Lösung „Sozialarbeit statt Studiengebühren“ von Monika Langthaler, Unternehmerin, ehemalige grüne Abgeordnete:

„Studiengebühren sind nicht prinzipiell schlecht. Ich habe nie ernsthaft geglaubt, dass die Studiengebühren abgeschafft werden, denn das ist eine Frage

der Finanzierbarkeit.“ (NEWS 2/2007, Regierung im Expertencheck“)

Na, wir leisten uns ja sonst nix.

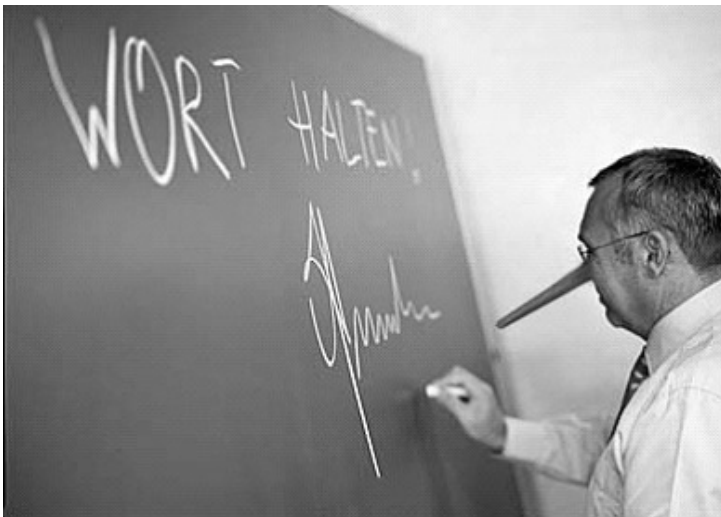
Immerhin steht Langthaler den WählerInnen ja auch nicht mehr im Wort, im Gegensatz zum Tiroler Nationalrat Erwin Niederwieser, der vor der

Nationalratswahl im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der ÖH schriftlich, eigenhändig unterschrieben, versprach:

„Die SPÖ wird die Studiengebühren ersatzlos wieder abschaffen.“

(Faksimile: PROFIL 39/06, Uni-ExtraBeilage)

Monika Himsl

„Wort halten? Ich? Bitte, ich bin Kanzler!!!!“

Pinocchio - (Foto-Montage nach einem Foto der SPÖ-Homepage)

Das wollte er ja schon immer. schon als 10-Jähriger in der Sandkiste. Studiengebühren? Nein! Die gab's ja da schon, die brauchte er nicht wollen. Bundeskanzler wollte er werden. Wie sein Vorbild Kreisky, der Sonnenkönig! Freilich, der hat sie 1972 ABGESCHAFFT, die Studiengebühren. Und das versprach der Gusi auch. Aber der Wolfi und der Willi.... Tjaaaaa.... und wo ein Willi, da führt KEIN Weg weg von den Studiengebühren. Und Lügen haben kurze Beine in weißen Radlerhosen und machen lange Nasen wie Pinocchio...

Mit Ausländerkeule gegen Gesamtschule

Die große Zeit der kleinen blaubraunen Stammtisch-Politik-Ergüsse ist nun wieder gekommen:

„Verstehe ich das richtig, die wollen das Gymnasium mit der Hauptschule zusammenführen? Bei dem Ausländeranteil? Ist das nun ein Ade zur Bildung?“

„(Grete) Laska will Zehnjährige in türken- und balkanesenverseuchte Klassen zwingen – Schulkinder sollen vier Jahre länger gezwungen werden, auf ihr Recht auf optimale Ausbildung zu verzichten.“

„Die guten österr. Schüler sollen von den integrationsunwilligen ausländischen Schülern getrennt werden, damit unsere Schüler ein gutes bildungsniveau haben“

So lauten gängige „sachliche“ Argumente gegen die Gesamtschule aus der schummrigen ganz rechten Ecke der virtuellen Stammtische. Populistisch aber den ExpertenInnenkenntnissen widersprechend, geht es hier darum, die längst überfällige Mittelstufenreform einfach mit der Ausländerkeule totzuschlagen. Mehr noch:



Monika Himsl

Nationalorthodoxe wie NR Lutz Weinzinger (FPÖ) wollen sogar den Englischunterricht wieder aus den Volksschulen entfernt wissen. Ganz Österreich, und nicht nur Kärnten soll wieder einsprachig werden? Und was in den Volksschulen beginnt, soll in den Hochschulen fortgesetzt werden? Denn seine parlamentarische Mitarbeiterin ist die Bundes-Spitzenkandidatin, des RFS für die ÖH-Wahl.

Und misset(h)önend und scheinheilig warnt indessen die ÖVP davor, dass unser Kostbarstes die Schuljugend, nun zum „Versuchskaninchen im Testlabor“ der SPÖ verkommt. Dabei muss die ÖVP erst einmal erklären, warum sie in den vergangenen 12 Jahren nicht selbst die über 2000 bereits bestehenden Schulversuche „evaluiert“ und die Mittelstufenreform durchgeführt hat.

KPÖ und GLB starten Einleitung eines Volksbegehrens:

„fairSORGEN!“ - Gegen die Armutsfalle Regress!

von Joe S. Cook

(Fortsetzung von Seite 1)

Beim Haushaltseinkommen liegt Tirol ebenfalls im Schlussfeld. Bei der Befragung der Statistik Austria gaben die TirolerInnen im Österreich-Vergleich eine stärkere Belastung durch die Wohnkosten an.

Armut beginnt aber nicht erst im Erwachsenenalter. Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten haben von Beginn an schlechtere Voraussetzungen, bei der Bildung, beim Wohnen, in der Arbeitswelt und bei der Gesundheit. Mittlerweile ist allen klar, so kann's nicht weitergehen. „Schlagworte wie Mindestlohn, bedarfsorientierte Grundsicherung oder bedingungsloses Grundeinkommen sind nicht mehr nur bei linken Diskutierzirkeln zu hören, sondern sie gehören zur Tagesordnung sozialpolitischer Pressemeldungen“, meint Josef Stingl (stv. Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Linksblock – GLB). „Reden ist aber zu we-

nig, die Menschen brauchen Hilfe“, so Thümingner und Stingl in Anlehnung des steirischen KPÖ-Polit-Mottos „Helfen statt Reden“.



Tiroler Grundsicherungsgesetz mit Armutsfällen

Im Dezember 2005 wurde das Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG) beschlossen. „Dieses Gesetz beinhaltet aber eine große Armutsfalle, den Regress“,

so der GLB-Vertreter Stingl. In Salzburg und Wien gibt es bei der Sozialhilfe keine Regresspflicht.

KPÖ und GLB nehmen die Regresspflicht TGSG aufs Korn: Die „Kostenrückzahlungsverpflichtung (§10)“ bzw. „Kostenbeteiligungspflicht Verwandter ersten Grades (§11)“ bei der „Hilfe in besonderen Lebenslagen (§ 7)“, insbesondere bei der Hilfe für alte Menschen und pflegebedürftige Personen schreckt viele ab sich einen notwendigen, menschenwürdigen Alterswohn- bzw. Pflegeplatz mit gut ausgebildeten Pflegepersonal zu „leisten“. Sie wollen wegen ihrer Ansprüche nicht auch noch ihre Kinder bzw. PartnerIn in die Armut zerren.

**„Helfen statt Reden!“
Daher Volksbegehren
„fairSORGEN!“**

„Die Regresspflicht muss fallen! Was in Wien oder Salzburg möglich ist, muss auch in Tirol möglich sein, nämlich der Verzicht des Landes darauf, Geld von GrundsicherungsbezieherInnen oder deren Eltern, PartnerInnen und Kindern zurückzufordern“, so Thümingner für die KPÖ und Stingl für den GLB. Daher die gemeinsame Initiative, die natürlich auch für weitere PartnerInnen offen ist: Das Einleitungsverfahren für ein Ti-

roler Volksbegehren mit dem Titel „fairSORGEN!“ zur Streichung der Rückzahlungspflicht für Leistungen aus dem Tiroler Grundsicherungsgesetz.

750 Unterschriften notwendig

„Das Sammeln von 750 - von BürgermeisterInnen - beglaubigter Unterschriften, die zur erfolgreichen Einleitung des Landesvolksbegehrens notwendig sind, ist für kleine Organisationen wie KPÖ oder GLB sicher kein Leichtes. Wir sind aber davon überzeugt, dies mit Hilfe der zahlreich Betroffenen zu schaffen und so zumindest in nächster Zeit eine Armutsfalle weniger zu haben“, meinen die beiden Links-PolitikerInnen. Das nebenstehende Unterstützungsformular ausschneiden, ausfüllen, zum Gemeindeamt gehen, vor dem/r BeamtIn im Meldeamt unterschreiben und an:

„fairSORGEN!“, Gumpstraße 36, Postfach 816, 6023 Innsbruck, zurücksenden.

Zusätzlich benötigte Formulare können unter gleicher Adresse anfordern, oder unter „www.glbtirol.info/fairsorgen/formular.pdf“ downgeloadet werden.

Joe S. Cook ist freier Journalist in Innsbruck und Mitarbeiter bei www.imzoom.info.

Was bedeutet Regress?

Wer in Tirol Sozialhilfe bezieht, haftet dafür mit seinem Geld- und Wohnbesitz.

Wer in Tirol Sozialhilfe bezieht, muss diese bis auf wenige Ausnahmen bei „Beendigung“ seines sozialen Notstandes“ bzw. beim Antritt eines neuen Arbeitsplatzes zu 100 Prozent zurückbezahlen.

Das Land greift auch auf an Angehörigen überschriebenes Eigentum zurück, wenn die Schenkung nicht länger als 3 Jahre zurückliegt.

Vom Kostenbeitrag sind nicht nur die SozialhilfebezieherInnen betroffen. Auch das Nettoeinkommen der Kinder, Eltern bzw PartnerIn wird geprüft. Nach Abzug der Wohnkosten (Miete bzw. Darlehen für Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäusern) werden 11 % für die Abdeckung der „Sozialleistung“ ihrer Angehörigen vom Land Tirol beansprucht.

In den Ländern Salzburg und Wien gibt es bei der Sozialhilfe keine Regresspflicht.

www.imZoom.info

Wir berichten, was kommerzielle Medien oft verschweigen

(Bezahlte Anzeige)

Anita L., aus Wattens, Kellnerin in Innsbruck, 45 Jahre, geschieden hat 1.100 Euro Nettoeinkommen. Die Miete beträgt 400 Euro, ein Privatkredit (fürs Auto, das sie für den Weg zur Arbeit benötigt und zur finanziellen Unterstützung ihres Sohnes bei seiner ersten Haushaltsgründung)

verursacht eine Kreditrate von 200 Euro. Ihre Mutter muss ins Pflegeheim. Das Land Tirol hält sich nun auch an der Tochter schadlos. 11 Prozent vom Nettoeinkommen abzüglich der Wohnkosten (die Rückzahlungspflicht für den Privatkredit bleibt unberücksichtigt), im besagten

Fall also monatlich 77 Euro. Kann sie es sich nicht leisten, muss sie ihre Kreditrate reduzieren. Dadurch verlängert sich die Kreditlaufzeit und die anfallenden Zinsen natürlich ebenfalls. Die Mehrkosten muss dann auch noch sie selbst tragen. Oder, sie bezahlt die Leistung ans Land nicht, Pfän-

dung, Gefährdung des Arbeitsplatzes, selbst Kandidatin für das Grundsicherungsgesetz wären dann die Folgen. Und die Armutsspirale dreht sich weiter, für die Rückzahlung ihrer Sozialhilfe ist dann ihr Sohn mitverantwortlich. Das „Spiel“ beginnt von vorne.

Franz S. (54): Da die Firma, in der er arbeitete, in Konkurs ging, ist er seit zwei Jahren arbeitslos. Auf seine zahlreiche Bewerbungen hörte er jedes Mal „zu alt“, für die Pension ist er zu jung. Um die Wohnkosten bezahlen zu können und nicht gemeinsam mit seiner Familie delogiert zu werden bezieht er Sozialhilfe. Unerwarteterweise findet er einen Arbeitsplatz, die Sozialhilfe soll er in Raten zurückbezahlen. In der Zeit der Not sind aber auch andere offene Forderungen angefallen, die er jetzt begleichen soll. Trotz Arbeit geht es sich nicht aus: Lohnpfändung, Kündigung und das „Spiel“ beginnt von vorne.

Maria K. (74), Plegestufe 4, alleinlebend, Ausgleichszulagenbezieherin, 1 Tochter, (48), 1 Sohn (54). Sie würde gerne in ein Alten- und Pflegeheim ziehen, „leistet“ sich das aber nicht, weil sie ihre Kinder nicht finanziell belasten will.

Heinz W. (87), seit 7 Jahren in einem Innsbrucker Pflegeheim. Als er jünger war, war er sportlich aktiv (Bergtouren, Schifahren,..) jetzt ist er ans Pflegebett gebunden, das schafft ihm psychische Probleme. Eine weitere Belastung ist der Kostenbeitrag den seine Kinder tragen müssen. Bei jedem Besuch hören sie: „Könnt´ich doch sterben damit ich euch nicht weiter zu Last falle.“

Gemeinde:

Pol. Bezirk:

Fortl. Nr.

Unterstützungserklärung

(nach § 4 des Gesetzes über Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen LGBl. Nr. 56/1990)

Die/Der Gefertigte, geb. am,
(Vor- und Zuname)

wohnhaft in,
(Gemeinde, Straße/Gasse/Platz, Hausnummer)

unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens

„fairSORGEN!“

Streichung der Rückzahlungsverpflichtung und der Kostenbeteiligungsverpflichtung für Eltern, PartnerIn und Kinder aus dem Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG)

(Kurztitel des Volksbegehrens)

....., am 200..

.....
(Eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zuname)

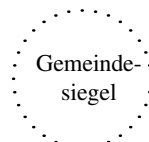
Raum für die allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der obigen Unterschrift

Stimmrechtsbestätigung

Die/Der Bürgermeister der Gemeinde, pol. Bezirk, bestätigt hiermit, dass der/die Obengenannte am Tag der Abgabe der Unterstützungserklärung zum Landtag wahlberechtigt war.

Die eigenhändige Unterschrift wurde* vor der Behörde geleistet/ gerichtlich beglaubigt/ notariell beglaubigt.

....., am 200..



.....
(Unterschrift)

* Zutreffendes ankreuzen!

Frauen, es isch Zeit!

Thema Fristenlösung wieder in vieler Munde. Hasserfüllte Statements sind die Regel

Die Debatte ausgelöst hat Glawischmig, in dem sie eine wichtige und seit Jahren unerfüllt gebliebene Forderung der Frauenbewegung nach Abtreibung auf Krankenschein aufgegriffen hat. ÖVP und FPÖ, Kirchgänger und Vereine radikaler selbsternannter Lebensschützer fühlten sich daraufhin berufen, hasserfüllte Statement vom Stapel zu lassen. Kein Wunder, im katholisch geprägten Land wie Tirol ist die These „Abtreibung ist gleich Vernichtung menschlichen Lebens“ heilig.

Kleiner geschichtlicher Ex-

kurs: Die Einstellungen zum Schwangerschaftsabbruch waren und sind je nach Gesellschaft, Sitte, Moral und Religion sehr unterschiedlich. Gesetzliche Regelungen, Strafbarkeit oder Straffreiheit waren immer auch geprägt von bevölkerungspolitischen Überlegungen. Im alten Ägypten und in Vorderasien gab es keine Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Im Griechenland der Antike galt die Fötus als unselbstständiger Teil der Mutter. Aus staatspolitischen und wirtschaftlichen Gründen wurde ein Abbruch zeitweise empfohlen. Auch



nach älterem römischem Recht war er straffrei, denn nach der damals herrschenden Rechtsauffassung erhielt das Kind das Leben erst bei der Geburt. 200 nach Ch. wurde die Abtreibung bestraft, jedoch nur, wenn diese ohne Einwilligung des Ehe-

mannes erfolgte.

Obwohl die Kirche sich über mehrere hundert Jahre nicht auf den tatsächlichen Beginn des Lebens einigen konnte, wurde mit Verbreitung des Christentums die Strafverfolgung verschärft. Das Strafmaß (bis zur Todesstrafe) richtete sich nach dem Stadium der Frucht, dem vermuteten Geschlecht des Embryos und dem Familienstand der Mutter. All die Jahrhunderte bis zum heutigen Tag fanden verzweifelte Frauen immer Mittel und Wege, sich ihrer Schwangerschaft zu entledigen, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, unter Gefährdung von Gesundheit und Leben und gewärtigt, vor Gericht gestellt zu werden.

Bereits vor dem ersten Weltkrieg und dann in den Zwanziger- und Dreißigerjahren kämpften die ArbeiterInnen und die proletarische Frauenbewegung für die Straffreiheit. In der Sowjetunion wurde bald nach der erfolgreichen Revolution die Abtreibung erlaubt, allerdings etliche Jahre später unter Stalin wieder eingeschränkt. Im Herrschaftsbereich Hitlers wurden die Strafen auf Abtreibung für „arische“ Frauen verschärft, andererseits aber Zwangssterilisation und Zwangsabbrüche bei als „minderwertig“ erklärten Menschen durchgeführt. Ein Durchbruch gelang erst in den Siebzigerjahren, als mit zahlreichen Aktionen von autonomen und linken Frauen und im Sog einer allgemeinen Aufbruchstimmung in zahlreichen Staaten Europas der Schwangerschaftsabbruch in der einen oder anderen Form liberalisiert wurde. Heute müssen wir feststellen, dass in verschiedenen Ländern (Polen, der ehemaligen DDR usw.) diese Errungenschaften zurückgenommen wurden.

Die gesetzliche Fristenlösung in Österreich haben die Frauen als Kompromiss gesehen, als

Bushido in Österreich

Gewaltverherrlichend, diskriminierend, sexistisch und frauenfeindlich: Daher Konzerte boykottieren!



Vom 12. bis 15. Juni (Innsbruck, Graz und Wien) tourt wieder Bushido durch Österreich. Unbehelligt kann er live seine gewaltverherrlichenden, diskriminierenden, sexistischen und frauenfeindlichen Raps der Jugend vortragen. „Ein Schwanz in den Arsch, ein Schwanz in den Mund, ein Schwanz in die Fotze, jetzt wird richtig gebumst“ aus dem Song Gangbang ist nur ein Beispiel dafür.

Nicht verwunderlich ist, dass die deutsche Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften einzelne Bushido-Songs als jugendgefährdend einschätzt. Dazu gefragt, rechtfertigt sich Bushido immer wieder, dass sich seine Texte verändert hätten und er die Schimpfworte „Schwuchtel“, „Schlampe“ oder „Nute“

nicht pauschal zur Herabsetzung bestimmter Bevölkerungsgruppen gebrauche. Für ihn seien diese Begriffe nur der Slang des Milieus, in dem er sich bewege. „Selbst wenn das so ist, ist dies abzulehnen, denn diese Beschimpfungssorgien werden um keinen Deut besser nur weil sie allzu oft unbedarft in den Mund genommen werden. Abgesehen davon müsste Bushido wissen, dass er - der im Rampenlicht steht - bei der Jugend Vorbildwirkung hat.“

Im Übrigen beweist Bushido in einem neueren Interview, mit einer Aussage zu Paris Hilton („einfach so'n dummes Stück Fleisch“, dass er gerne einmal für den Geschlechtsakt hätte „erniedrigen und dann tschüss“), dass er weder geläutert ist, noch dass es sich um bei seinen Liedertexten um Umgangssprache handelt. Frauenfeindlichkeit, Diskriminierung und Sexismus sind seine Geisteshaltung.

Daher die Bushido-Konzerte in Österreich verbieten!

Josef Stingl, stv. Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB)

einen ersten wichtigen Schritt für ihre Selbstbestimmung. Und sie ist ihnen nicht in den Schoß gefallen. Sie haben, aus unterschiedlichen Weltanschauungen kommend und über ideologische Grenzen hinweg, zu Aktionseinheiten zusammengefunden und einen harten Kampf darum führen müssen. Noch heute sind wichtige Forderungen (Möglichkeit eines Abbruchs in allen öffentlichen Krankenanstalten, Kostenübernahme durch die Krankenkassen, kostenlose Abgabe von Kondomen und Pille, gezielte Aufklärung in Schulen) nicht erfüllt.

Die GegnerInnen der Fristenlösung setzen alles daran, die Situation für die Frauen so schwer als möglich zu machen. Es ist wichtig, Aktivitäten dagegen zu setzen, wie z. B. diese: Anlässlich der Frauen Frühlingsuniversität, die vor wenigen Tagen abgeschlossen wurde, hat sich eine überparteiliche Plattform engagierter Frauen gefunden, die eine Unterschriftenliste für einen besseren Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen unter www.schutzzone.at.tf eingerichtet hat. Hier kann Mensch ohne großen Aufwand, unterschreiben und so ein Zeichen setzen.

Dass Frauenministerin Bures sich – im Gegensatz zur damaligen SPÖ-Politikerin Johanna Dohnal – einer klaren Positionierung für die Fristenlösung und ihrer praktischen Umsetzung enthält, ist enttäuschend und äußerst ärgerlich.

Damit hat Bures alle, die sich für einen fortschrittlichen Umgang mit dem Thema Abtreibung einsetzen, allein gelassen. Offensichtlich ist ihr ein gutes Einvernehmen mit der ÖVP wichtiger als das Wohl der Frauen. Aber das gilt nicht nur für sie, es ist die derzeitige Maxime dieser Partei.

**Rosmarie Thümingler,
KPÖ-Frauensprecherin**

Buchbesprechung

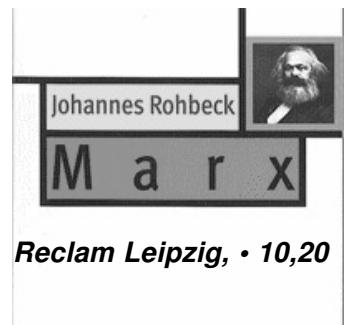
In der Reihe „Grundwissen Philosophie“ ist 2006 der Band „Marx“ von Johannes Rohbeck erschienen, seines Zeichens Prof. für Philosophie in Dresden. Das Buch bezieht sich auf eine Vorlesung im WS 05/06, wobei sich der Autor über den damaligen großen Andrang der Studis und den intensiven Diskussionen wundert. Offenbar erlebt die marxistische Theorie eine Renaissance, ersichtlich auch an der, seit Jahren sprunghaften Zunahme einschlägiger Publikationen.

Die Aktualität von Marx liegt nicht in der Utopie, sondern in der kritischen Analyse des bestehenden Kapitalismus. Etliche Denkmotive sind in unserem Alltag eingesickert, ohne, dass dies groß zur Kenntnis genommen wird. Marx war es, der die Globalisierung und deren ökonomische und kulturelle Tendenzen als einer der Ersten entdeckt hatte mit der Befürchtung, dass sich im Zuge eines globalen Marktes die Schere zwischen Arm und Reich vergrößern könnte. Inzwischen ist es auch ein Gemeinplatz, dass unsere Lebenswelt vom Kommerz überformt zu werden droht.

Im ersten Abschnitt des Buches beleuchtet der Autor die Marxsche Kritik der Ökonomie. Darin entwirft Marx eine Theorie der Gesellschaft, die sich auf die Kategorie der Arbeit gründet. Arbeit bedeutet nicht allein industrielle Herstellung oder nur körperliche Tätigkeit. Auch geistige Tätigkeiten sind als Arbeit zu bezeichnen. Unter Arbeit ist allgemein die Erzeugung des gesellschaftlichen Reichtums zu verstehen. Die ungerechte Verteilung dieses Reichtums hat ihre Ursache in der Produktionsweise. Der Besitzer von Kapital kann die Produktionsbedingungen beherrschen und sich gleichzeitig den größten Anteil des Arbeitsertrags aneignen. Gerechtigkeit gibt es ergo nur, wenn die Produktionsverhältnisse verändert werden. Diejenige Arbeit, die dazu dient, die Arbeitskraft zu erhalten, nennt Marx die „notwendige“ Arbeit im Unterschied zur „Mehrarbeit“, die vom Kapitalisten angeeignet wird. Die Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem angeeigneten Wertprodukt der Arbeit ist der Mehrwert. Es ist der Mehrwert, von dem der Profit des produktiven Kapitals abhängt, aber auch der kommerzielle Profit des Handelskapitals, der Zins des reinen Handelskapitals. Der Gesamtzusammenhang besteht also darin, dass alle ökonomischen Formen vom einfachen Warentausch bis zu komplexen Kreditgeschäften in der Produktion begründet sind. Dahinter steht die These, dass die kapitalistische Gesellschaft durch Arbeit vermittelt wird. Wenn an den Ausgaben für die menschliche Arbeit gespart werden muss, sinken die Löhne und der Arbeitstag wird verlängert. Die steigende Technisierung führt zur Arbeitslosigkeit, zur Erzeugung einer „industriellen Reservearmee“. Diese Reserve von Arbeitskräften hat Vorteile für die Eigner des Kapitals: Die Löhne können gedrückt werden und je nach Konjunktur werden Leute eingestellt, die sogenannte „Flexibilität“.

Auch die anderen Kapitel des Buches sind äußerst interessant und lesenswert, wie -Entfremdung und Ideologiekritik, -die verborgene Moral, -Geschichte, und last but not least, -die Dialektik und Philosophie.. Der Autor ist stets darauf bedacht, den Bezug zur heutigen Zeit und Realität herzustellen. Alles in allem als Einstieg in die Marxschen Theorien sehr empfehlenswert.

Sylvia Dürr



Reclam Leipzig, • 10,20

Hahn brüskiert die Studierenden

Schwierig waren die vergangenen Jahre der rechten Bürgerblockregierung: Zugangsbeschränkungen und -barrieren Aufnahmetests die Frauen und Diskriminierung von StudentInnen mit migrantischem Hintergrund waren angesagt.

Mit der großen Koalition und dem poppigen Johannes Hahn

als Wissenschaftsminister ändert sich nichts:

„Frechheit siegt“, dachte sich dieser, als er knapp vor der ÖH-Wahl, sein noch hinter das Koalitionsabkommen fallende Modell zur „Befreiung von den Studiengebühren“ vorstellte. Von gemeinnütziger Arbeit ist keine Rede mehr, nur ein klei-

nes Spektrum der Nachhilfe oder Studienberatung, kann künftig - für 6 Euro die Stunde - die Studiengebühren „ersetzen“.

„Frechheit siegt“, sollen sich jetzt die Studierenden denken, und der kommunistischen Alternative „KSV-LiLi“ bei der ÖH-Wahl ihre Stimme geben.

Liebe Studentin, lieber Student!

Als Kommunist bin ich der Ansicht, dass Politik sich nicht unbedingt in Gremien abspielen, sondern vielmehr von den Betroffenen selbst erarbeitet werden sollte. Dennoch kandidiere ich für den „KSV-LiLi“. Warum wirst Du jetzt berechtigt fragen: Soeben hatte ich die zweifelhafte Ehre, eine Wahlkampfbroschüre des RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) in Händen zu halten, was mich auch dazu bewogen hat alle Studierenden dazu aufzurufen, sich an der Wahl zu beteiligen, damit faschistische Kräfte auch in Zukunft keine Chance mehr auf dem Campus haben. Noch nicht lange ist es her, dass schlagende Burschenschaften beträchtlichen Einfluss auf die Universitätspolitik ausübten. Noch immer haben Nazis und reaktionäre Kräfte auf der Uni viel zu viel zu sagen.

Ich will Dir den Inhalt der Broschüre und meine Meinung dazu nicht vorenthalten:

Wer den Folder in die Hand bekommt, sieht zunächst ein Bild, das sich auch auf den RFS-Plakaten findet: Drei Pfeile nach links ein großer nach rechts. Die politische Konnotation wird anhand der Wahlpla-

kate deutlich. Die Politik der bisherigen Interessensvertretung ist dem RFS zu links (d.h. zu antifaschistisch, zu egalitär zu antielitär, zu sehr auf die Interessen von Ausländern, Homosexuellen, Transgendern, Frauen etc. ausgerichtet (für die unvollständige Aufzählung bitte ich vielmals um Entschuldigung)).

Offenkundig will sich der RFS diesmal die Verteidigung der „Meinungsfreiheit“ auf die Fahnen schreiben, die angeblich von der „Political Correctness“ bedroht sei. Dazu ist folgendes zu sagen: Abgesehen von der Tatsache, dass in dem vom RFS präferierten politischen System für abweichende Meinungen erst recht kein Platz ist, ist zu bemerken dass faschistische Äußerungen nicht unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit toleriert werden können. Als Kommunist erkenne ich das Recht eines jeden Menschen auf körperliche und seelische Unversehrtheit an (etwas dergleichen ist auch in den Menschenrechtskonventionen festgehalten). Dazu gehört eben auch, dass sich kein Mensch Diffamierungen und Beschimpfungen aufgrund seiner

Hautfarbe, Geschlechts, Sexueller Orientierung und religiöser Überzeugungen udgl. gefallen lassen muss. Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Heterosexismus zu dulden heißt, fundamentale Menschenrechte zu missachten.

Zur „Frauenpolitik“ sei noch folgendes zu bemerken: Schön, dass der RFS das Thema „Frauenpolitik“ im Wahlkampf behandeln will.

Zwei Sätze des RFS- Folders sind hier zu behandeln: „*Außerdem empfinden wir es als eine Herabwürdigung, Frauenpolitik auf die angebliche sprachliche Diskriminierung zu reduzieren*“. Mag sein dass das Binnen-I nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt. Über die „angebliche“ Diskriminierung der Frauen in der deutschen Sprache würde ich als Indogermanist und Sprachwissenschaftler mit einem schmissigen Vertreter des RFS eine tiefgreifende Unterhaltung führen.

„*Die linke Gleichmacherei hat zu einem fatalen Geburtenrückgang geführt*.“ Dieser Satz findet sich wenige Zeilen nach der angeblichen Reduktion der

Frauenpolitik auf „*angebliche sprachliche Diskriminierung*“. Soso, darauf darf Frauenpolitik offenbar reduziert werden, auf die Beibehaltung der „naturgegebene Funktion der Geschlechter“ also.

Die Rückseite dieses RFS-Folders: Offenkundig will der RFS mit dem „Mist [sic!] der Gleichmacherei“ aufräumen und linkes Gedankengut entsorgen wollen. Die Assoziation, die mir zu Mist einfällt ist, dass er braun ist.

Daher rufe ich alle StudentInnen auf sich rege an der Wahl zu beteiligen und dem braunen Mist zu zeigen, dass er auf der Uni nichts mehr verloren hat. Viele Fraktionen wie VSStÖ und GRAS stellen sich offen gegen Faschismus und Rassismus. Wer zudem jedoch eine systemkritische Alternative will, die den Kapitalismus offensiv in Frage stellt, ist gut beraten **KSV-LiLi zu wählen**.

Zeigen wir den Faschisten, dass sie in der ÖH nichts verloren haben, weil wir Studis sie dort nicht haben wollen!

**Euer
Roland Steixner**

Name:

Adresse:

.....

PLZ, Ort:

email:

- regelmäßige Zusendung der KPÖ-Zeitung **TIVOLI**
- ein Gespräch mit einer/m FunktionärIn der KPÖ
- eine Probenummer der „Volksstimmen“
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“



Postgebühr zahlt
Empfänger

KPÖ

**Gumpstraße 36
6020 Innsbruck**

Impressum: Medieninhaber und
Herausgeber: KPÖ-Tirol,
Gumpstr. 36, 6020 Ibk

Adressfeld